

1:12

**GEMEINSAM FÜR
GERECHTE LÖHNE**

**Lancierungsaktion und Pressekonferenz des
regionalen 1:12-Abstimmungskomitees beider Basel**

VEREINLTES DURCHSCHNITTLÖHNE ZU MANAGERLÖHNEN IN DER SCHWEIZ

1984 1:6		1998 1:14	
		2011 1:43	

**NEIN
ZUM EXZESS**

JA ZU 1:12

ABSTIMMUNG AM 24. NOVEMBER 2011
1:12: VEREINLTES DURCHSCHNITTLÖHNE ZU MANAGERLÖHNEN IN DER SCHWEIZ
WWW.1:12.CH

Inhalt:

Medienmitteilung des regionalen Komitees zur Lancierung der Kampagne

Unterstützende Organisationen

Statements der Organisationen

1:12 (regionales) Quiz

1:12-Tattoo (Foto)

Medienmitteilung

Am 17. September 2013 haben die beiden Basel den Abstimmungskampf zur 1:12-Initiative offiziell lanciert. Mit einer riesigen Torte machten VertreterInnen der Komitee-Organisationen auf das Anliegen der Initiative aufmerksam. Durchschnittlich liegt das Lohnverhältnis bei 1:43, 1984 war es noch 1:6, 1998 noch 1:14. Mit dem symbolischen Verteilen der Kuchenstücke zeigte das Komitee, dass der Lohnkuchen gerechter verteilt werden muss. So wie es die 1:12-Initiative will.

Die beiden FraktionspräsidentInnen der SP BL und BS, Kathrin Schweizer und Steffi Lüthi, machten auf die wirtschaftlichen Vorteile der Initiative aufmerksam. Hansueli Scheidegger, Co-Leiter der unia Nordwestschweiz und Bankrat BKB, vertrat die Gewerkschaften und setzte einen Schwerpunkt auf die Lohngefälle. Das grüne Bündnis wurde durch Tonja Zürcher vertreten. Sie unterstrich der Wert jeder geleisteten Arbeit.

Auch an jungem Engagement fehlte es nicht: Während die JUSO Baselland die Demokratie in den Vordergrund stellte, prangerte die JUSO Basel-Stadt die Lohnentwicklung und Vermögensverteilung an. Sie sehen mit der 1:12-Initiative die Chance diese Entwicklung zu stoppen. Das junge grüne bündnis (jgb) nordwest sieht die 1:12-Initiative als Chance für die Schweiz. Diese solle eine Vorreiterrolle einnehmen.

Soziologe Ueli Mäder, der sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat, beleuchtete die wissenschaftlichen Aspekte der Thematik.

Das Komitee stellte nebst den offiziellen Mitgliedern des Komitees (SP BS, SP BL, junges grünes bündnis NWCH, BastA!, JUSO BS, JUSO BL, Grüne BS, Syndicom Basel, unia nordwest, vpod Region Basel, Basler Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsbund BL) die überparteiliche Kampagne vor. Das regionale Komitee zieht mit einem Flyer, der den Exzess der Lohnverhältnisentwicklung zeigt, in den Abstimmungskampf. Während die bürgerlichen Parteien mit teuren Inseraten auffallen, wird das Komitee auf Strassenpräsenz, Mobilisierung ihrer Mitglieder und bessere Argumente setzen.

Um möglichst viele Menschen aus der Region zu aktivieren, hat das Komitee ausserdem ein Quiz mit Wettbewerb vorbereitet, das sowohl an den Standaktionen wie auch interaktiv gelöst werden kann. Der Veranstaltungskalender wird stets online aktualisiert, sodass alle Aktiven die Möglichkeit haben, an der Kampagne teilzunehmen. (www.1-12-beider-basel.ch)

Das Komitee informierte zudem über das spannende Wirtschaftspodium mit George Sheldon (Wirtschaftsprofessor an der Uni Basel) und dem ehemaligem UNO-Chefökonom Heiner Flassbeck, das am 18. Oktober unter Moderation von Claudia Kenan (SRF Regionaljournal) im Volkshaus stattfindet.

Für weitere Fragen stehen Ihnen die einzelnen Organisationen sowie die Koordinatorin der regionalen Kampagne Sarah Wyss gerne zur Verfügung.

Sarah Wyss, Koordinatorin regionales 1:12-Abstimmungskomitee: 079 811 24 87

Unterstützende Organisationen



Statements der Organisationsvertretungen

„Mit einem Ja zur 1:12-Initiative lässt sich ein Zeichen setzen gegen ungerechtfertigt hohe Löhne. Es gibt keinen Grund, wieso jemand im gleichen Unternehmen in einem Monat mehr verdienen soll als eine andere Person im ganzen Jahr. Die Initiative will eine gerechtere Lohnverteilung. Mit ihr kämpfen wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wehren uns gegen eine Selbstbedienungsmentalität von unersättlichen Machtmenschen.“

Brigitte Hollinger, Präsidentin SP Basel-Stadt

„Mit der 1:12-Initiative verdient ein Manager immer noch mehr als ein Bundesrat mit einer sehr hohen Verantwortung. Deshalb ist 12 x mehr Lohn genug. Die 1:12-Initiative verringert das Lohngefälle und sorgt für ein bisschen mehr Gerechtigkeit.“

Hansueli Scheidegger, UNIA und Bankrat BKB

„Durch die 1:12-Initiative wird die Lohnsumme künftig besser unter den Arbeitnehmenden verteilt. Dies ist nicht nur gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Denn dadurch wird die gesamte Wirtschaft angekurbelt.“

*Sarah Wyss, Koordinatorin regionales
1:12-Komitee beider Basel, SP-Grossrätin*

„4000 Franken Netto-Mindestlohn. Dies mal 13 ergibt einen Jahreslohn von 52000. Dies mal 12. Schon haben wir den Höchstlohn von 624000 Franken. Wo liegt das Problem? Für mich: auch dieser Betrag ist noch weit jenseits von all meinen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit! "1:12" ist so betrachtet eine Kompromisslösung zwischen Abzockergehältern und einer gerechten Entschädigung für geleistete Arbeit!“

Steffi Lüthi, Fraktionspräsident SP Basel-Stadt

„Die 1:12-Initiative will eine Entwicklung stoppen, die sich in den letzten Jahren rasant fortgesetzt hat. Während die Lohnerhöhungen der mittleren und tiefen Einkommen von Krankenkassenprämie, steigenden Mieten und indirekten Steuern weggefressen werden, nehmen sich einige wenige immer mehr vom gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand. In der Schweiz leben etwa 400'000 „Working poor“, also Menschen, die trotz eines 100%-Pensums nicht genug verdienen, um davon leben zu können. Und gleichzeitig hat sich die Zahl der Lohnmillionäre, also Personen die in einem Jahr eine Million oder mehr verdienen, in den letzten 10 Jahren verfünffacht.“

Lavinia Fasciati, Vizepräsidentin JUSO BS

„Trotz teilweiser Krise haben sich diverse Manager fröhlich weiter ihre unerschämten Saläre ausbezahlt. Den Arbeitnehmenden aber, die für den Ertrag und Gewinn einer Firma täglich grossen Einsatz leisten, wurde meist nicht einmal die Teuerung ausgeglichen.“

Die 1 : 12 Initiative will dieser Ungerechtigkeit entgegen wirken und verhindern, dass die Abzocker ungehindert weiter machen können und die Arbeitnehmenden dann wiederum die negativen Folgen davon tragen müssen.“

*Basler Gewerkschaftsbund
Gewerkschaftsbund BL*

„1:12 ist ein Instrument, um eine volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch schlechte Entwicklung zu stoppen, der Mindestlohn und die Erbschaftsteuer gehören auch dazu. Es sind nicht diese Projekte, die unseren Wohlstand gefährden, es ist die immer ungleichere Verteilung des Reichtums, der Einhalt geboten werden muss. Sagen wir darum gemeinsam JA zu gerechten Löhnen und zur 1:12-Initiative.“

Beda Baumgartner, Präsident JUSO BS

„Bei einer Annahme der 1:12-Initiative werden die Höchst-Einkommen gesenkt. Damit wird Geld frei für Investitionen und Innovation. Und es können neue Arbeitsplätze geschaffen oder bestehende erhalten werden. Das stärkt unsere Wirtschaft.“

*Kathrin Schweizer, Fraktionspräsidentin
SP Basel-Land*

„Das junge grüne bündnis nordwest unterstützt die 1:12 Initiative aus folgenden Gründen: es ist unserer Ansicht nach der einzige Weg, um die hohen Saläre der Manager zu drücken. Die Lohnschere klappt ohnehin immer weiter auseinander. Es kann nicht sein, dass ein Manager bis zu 100 mal mehr verdient wie ein andere/r Arbeiter/in desselben Unternehmens. Es geht uns auch darum, ein Zeichen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Deshalb sind wir klar für die 1:12 Initiative, denn es ist eine Chance für die Schweiz, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Nur mit Hilfe einer solchen Gesetzesgrundlage kann eine gerechtere Lohnverteilung erzielt werden.“

Junges grünes Bündnis Nordwest

„Höchst- und Mindestlöhne im Verhältnis 1: 12 sind ein Erfolgsmodell! Es ist unbestritten: Die Stützen des Schweizer Wirtschafts- und Arbeitswelt sind mit rund 90% die Klein- und Mittelbetriebe sowie die Arbeitgeber Bund, Kantone und Gemeinden. Dies lässt sich – trotz lokaler Ansässigkeit der grossen Pharmaindustrie – auch auf die Region Basel übertragen.

Ein Blick auf die in diesem Bereich weitgehend bekannten Lohnverhältnisse zeigt: In all diesen Betrieben beträgt das Verhältnis der Höchst- zu den Mindestlöhnen schon heute maximal 1 zu 12. Beispiel gefällig? Laut geltender Lohnordnung in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft liegt der Mindestlohn hier bei monatlich 2'900 Franken (BS und BL), der Höchstlohn (Maximallohn für Regierungsmitglieder) bei monatlich 25'000 Franken (BS) bzw. 20'000 Franken (BL). Das bedeutet in BS ein Verhältnis von 1 zu 9, in BL ein Verhältnis von 1 zu 7. Und selbst in den ausgelagerten Betrieben, die zum Teil ihren Spitzenleuten dank Kaderreglementen Erfolgzuschläge (Boni) entrichten, wird das Verhältnis von 1 zu 12 gewahrt. So kommt beispielsweise beim CEO der IWB zum monatlichen Maximallohn von 22'000 ein Zuschlag von maximal 1'500 Franken, was zu einem Verhältnis von 1 zu 8 führt.

Ein Blick in die Geschichte der Lohnentwicklung in unserem Land zeigt zu-dem, dass in Zeiten der grössten Wirtschafts- und Lohnprosperität die Lohn-verhältnisse weit unter 1 zu 12 lagen (z.B. 1984: 1 zu 6), womit auch das Argument, dass Topleistungen eine grössere Lohnschere rechtfertigen, sich in Luft auflöst!

Der vpod als Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ist bei aller Kritik an den geltenden, teils nicht existenzsichernden Tiefstlöhnen stolz darauf, dass im öffentlich rechtlichen Service public als einem der zentralen Arbeits- und Dienstleistungsbereiche Lohnverhältnisse bestehen, deren man sich nicht zu schämen braucht, und er unterstützt daher die 1:12 Initiative der JUSO aus Überzeugung und aus vollen Kräften.“

Matthias Scheurer, vpod-Regionalsekretär

„Seit Jahren steigen die Einkommen der Manager der grossen Unternehmen immer weiter, während die Kaufkraft der Angestellten stagniert oder sogar sinkt. Und sehr häufig hatten diese exorbitanten Bezüge der «Top-Manager» keinen Zusammenhang mit ihren Resultaten an der Spitze der jeweiligen Unternehmen. In vielen der in Schwierigkeiten geratenen Firmen bezog die Führungsspitze Jahr für Jahr exponentiell steigende Löhne. Dieser inakzeptablen Situation muss ein Ende gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund haben die JungsozialistInnen Schweiz (JUSO) ihre 1:12-Initiative lanciert. Diese will in der Verfassung verankern, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als zwölf Mal höher als der tiefste sein darf. Anders ausgedrückt: Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat.

Syndicom unterstützt diese Initiative aktiv, die im November 2013 zur Abstimmung kommt. Mit Hilfe dieser Massnahme und der Initiative für einen Mindestlohn von 4000 Franken können der Wirtschaft klare Regeln gesetzt werden. Einer Wirtschaft, in der nur noch das Streben nach Profit zu zählen und Überlegungen zur sozialen Verantwortung völlig überholt scheinen.

Alle Managerschädigungen sollen wieder angemessen werden, wie es in 99,8% der Schweizer Unternehmen der Fall ist, in denen der Grundsatz 1:12 bereits angewendet wird. Die syndicom wird auch im Rahmen von GAV Verhandlungen von ihren Sozialpartnern die Einhaltung von 1:12 fordern!“

*Samuel Rüegger, Vize-Präsident
syndicom Sektion Region Basel*

„Wir haben es bereits gehört: In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Lohnschere extrem geöffnet. In vielen Unternehmen sind Lohndifferenzen zwischen den niedrigsten Löhnen und den Top-Salären von 1 : 100 gang und gäbe. Dabei werden die Gutverdienenden gleich zweimal bevorzugt: Meist hatten sie nämlich das Privileg, an einer Hochschule studieren zu können, während sich Menschen in weniger qualifizierten Berufen oft schon sehr früh auf dem Arbeitsmarkt bewähren müssen. Das ist absolut ungerecht und wirft die Frage nach dem gesellschaftlichen Wert der Arbeit auf. Vergessen wir nicht: Es waren sehr gut verdienende Spitzenmanager, die das Grounding der Swissair zu verantworten hatten oder die UBS an den Rand des

Ruins getrieben haben. Auslöffeln musste die Suppe dann die arbeitende Bevölkerung, während die fehlbaren Manager sich ihren Abgang noch vergolden liessen.

Die Lohnexzesse sind nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit, sondern gefährden zunehmend auch den Zusammenhalt der Gesellschaft. Keine Putzkraft wird je verstehen, weshalb ihre Arbeit so viel weniger wert sein soll als diejenige eines Topverdieners. Keine Verkäuferin wird je begreifen, dass sie für ihre Arbeit so viel weniger bezahlt bekommt als die Manager der Warenhauskette, bei der sie arbeitet. Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind wachsender Unmut und Ohnmachtgefühle in der Bevölkerung. Diese Stimmungslage wiederum wird von verantwortungslosen Rechtspopulisten ausgenützt. Mit ausländerfeindlicher Hetze und einfachen Scheinlösungen tragen sie dazu bei, dass die Gesellschaft weiter auseinanderdriftet. Man kann von der Bevölkerung nicht erwarten, dass sie verantwortungsbewusst und solidarisch handelt, wenn die oberen Zehntausend in ihrer dreisten Masslosigkeit das genaue Gegenteil vorleben.

Die 1:12-Initiative ist nicht extrem. Eine Lohndifferenz von 1:12 ist immer noch immens. Aber die 1:12-Initiative ist ein Schritt in Richtung mehr Lohngerechtigkeit. Wagen wir diesen Schritt!“

Tonja Zürcher, Grünes Bündnis

„Am 24. November 2013 kann die Schweizer Bevölkerung über die Spielregeln entscheiden, nach denen in der Schweizer Wirtschaft gespielt werden soll. Heute hat nicht die Gesellschaft das Zepter in der Hand, wenn es darum geht, eine gerechte und soziale Wirtschaft zu gestalten. Gerade mit der 1:12 Initiative eröffnet sich die Möglichkeit, durch den demokratischen Weg dieses Ziel zu erreichen. Mit der Annahme der Initiative muss sich die Wirtschaft neu unter einen Entscheid vom Stimmvolk stellen.

Das staatliche Lohndiktat ist ein von den Gegnern beschworenes Gespenst. Die Initiative verlangt eine Bandbreite von 1:12. Die Löhne müssen nur auf dieses Verhältnis angepasst werden, bei der Höhe vom höchsten oder dem tiefsten Lohn sind die Firmen nicht gebunden. Die Unternehmen haben weiterhin die Freiheit bei der Gestaltung ihrer Löhne, hier von einem Diktat zu sprechen ist vermessen.

Schlussendlich entscheidet nicht die Wirtschaft, sondern das Volk über die Spielregeln, die in unserem Land gelten. Und die se Spielregeln werden am 24. November 2013 gemacht.“

*Adrian Mangold, Präsident
JUSO Basel-Land*

1:12 QUIZ

Wer kassiert wie viel? Bitte zutreffende Antwort ankreuzen

Wer kassiert für eine Beratung einen Stundenlohn von 3'125 Franken?

- Ein Starpsychologe
- Ein bekannter Wirtschaftsanwalt
- Daniel Vasella, freiberuflicher Berater

Wer kassiert einen Monatslohn von 1,3 Mio.?

- Ein Fussballprofi
- Ein bekannter Galerist
- Joe Jimenez, CEO von Novartis

Wer kassiert 12,5 Mio. im Jahr?

- Ein Wirtschaftsprofessor
- Ein Bundesrat
- Severin Schwan, CEO von Roche

Wer kassierte 2008 7,7 Mio. im Jahr und entliess viele Angestellte?

- Ein regionaler KMU- Chef
- Ein Grossbierbrauer
- Hariolf Kottmann, CEO von Clariant

Wer kassiert 2.5 Mio. im Jahr?

- Ein Spitzenchirurg
- Eine Sekretärin
- Martin Strobel, CEO Baloise-Versicherungen

Wer kassiert 8.5 Mio. im Jahr?

- Ein Grossbauer
- Ein Biologielaborantin
- Michael Mack, CEO Syngenta

Wer kassiert 3.2 Mio. pro Jahr?

- Ein Regierungsrat
- Der Rektor einer Universität
- Stefan Borgas, CEO Lonza und VR Syngenta

Zusatzfrage:

Wie viele Frauen gehören zu den 40 bestbezahlten ManagerInnen in der Schweiz?

- 20%
- 30%
- Eine: 2.5% (Nayla Hayek)



Vom 29. September 2013 bis zum 17. November 2013 wird jede Woche ein Buch verlost (bitte Wunschbuch angeben). Die GewinnerInnen werden auf der Homepage www.1-12-beider-basel.ch veröffentlicht, das Buch wird der Gewinnerin oder dem Gewinner per Post zugestellt.

Vorname: _____

Name: _____

Adresse/Ort: _____

Email: _____

Mein Wunschbuch: (bitte Wunschbuch ankreuzen)

- Aratnam Ganga Jey, Mäder Ueli, Schillinger Sarah: Wie Reiche denken und lenken. Reichtum in der Schweiz: Geschichte, Fakten, Gespräche.
- JUSO und Denknetz: Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand.

Bitte am Infostand 1:12 abgeben oder einsende bis spätestens 16. November 2013 an: Regionales 1:12-Abstimmungskomitee beider Basel, c/o Sarah Wyss, Riehenstrasse 151, 4058 Basel

1:12-Tattoo

Die 1:12-Initiative geht unter die Haut

